RS Vwgh 1987/5/27 86/03/0217

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 27.05.1987

Index

40/01 Verwaltungsverfahren

Norm

AVG §10 Abs2;

AVG §13 Abs3;

AVG §63 Abs1;

AVG §66 Abs4;

Rechtssatz

Trägt eine Berufung am Ende den mit Maschinschrift beigefügten Namen einer vom Bescheidadressaten des hiemit angefochtenen Bescheides verschiedenen Person, über dem sich handschriftlich der Vermerk "i.V." mit einem unleserlichen Namenszug befindetet, so kann diese Berufung in Ermangelung jeglichen Hinweises auf ein Vertretungsverhältnis nicht dem Bescheidadressaten, und ohne weitere Ermittlungen im Sinne des § 13 Abs 3 AVG 1950 nicht einmal demjenigen zugerechnet werden, dessen Name in Maschinschrift am Ende der Berufung aufscheint, sondern ist als von einer hiezu nicht berechtigten Person erhoben zurückzuweisen.

Schlagworte

Besondere verfahrensrechtliche Aufgaben der Berufungsbehörde Spruch des Berufungsbescheides Formgebrehen behebbarer Unterschrift Inhalt der Berufungsentscheidung Voraussetzungen der meritorischen Erledigung Zurückweisung (siehe auch §63 Abs1, 3 und 5 AVG) Rechtliche Wertung fehlerhafter Berufungsentscheidungen Rechtsverletzung durch solche Entscheidungen Verbesserungsauftrag Ausschluß Berufungsverfahren Vertretungsbefugnis Inhalt Umfang Vertretungsbefugter Zurechnung Voraussetzungen des Berufungsrechtes Berufungslegitimation Person des Berufungswerbers

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1987:1986030217.X01

Im RIS seit

31.08.2005

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2025 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at